



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Fördermittelchaos beenden

Der Bericht der Brüsseler Antikorruptionsagentur OLAF zum IBG-Fördermittelskandal sowie die jüngsten Unregelmäßigkeiten bei der Ausreichung von EFRE-Mitteln im Wissenschaftsbereich belegen, dass die Landesregierung nach wie vor nicht in der Lage ist, EU-Fördermittel sachgerecht einzusetzen. Die Landesregierung ist gefordert, die Mängel der Vergangenheit aufzuklären und für einen zukünftig sachgerechten Einsatz von EU-Fördermitteln zu sorgen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag umgehend den jüngsten OLAF-Bericht sowie die entsprechende und noch zu erfolgende Stellungnahme der Landesregierung vorzulegen.
2. dem Landtag die Ergebnisse der Prüfer der Generaldirektion Regionalpolitik sowie die entsprechende Stellungnahme der Landesregierung und Entscheidungsgrundlage für den Zahlungsstopp der EU-Verwaltungsbehörde vorzulegen.
3. den Landtag umfassend über entstandene Risiken für den Mittelabfluss in der aktuellen EU-Förderperiode sowie über Risiken einer Nicht-Erstattung bzw. Rückzahlung von EU-Mitteln aus vergangenen Förderperioden zu informieren.
4. dem Landtag eine Fehleranalyse zur bisherigen EU-Mittelverwendung vorzustellen und personelle Verantwortlichkeiten für die aufgezeigten Mängel in beiden Fällen (IBG und jüngste von der GD Region benannte Unregelmäßigkeiten) zu benennen.
5. schnellstmöglich Bedingungen für einen rechtskonformen und sachgerechten Umgang mit EU-Fördermitteln herzustellen und dem Landtag über ergriffene Maßnahmen zu berichten.

(Ausgegeben am 28.02.2018)

Begründung

Die jüngsten Erkenntnisse der europäischen Antikorruptionsbehörde OLAF zum IBG-Fördermittelskandal, der Auszahlungsstopp bei EFRE-Mitteln aufgrund möglicher unzulässiger politischer Einflussnahme als auch der Verfall von EU-Fördermitteln der letzten Förderperiode in dreistelliger Millionenhöhe, werfen ein bezeichnendes Licht auf den Umgang mit EU-Fördermitteln im Land Sachsen-Anhalt.

Im Kontext des IBG-Fördermittelskandals hat der Präsident des Landesrechnungshofes im Jahr 2015 ein „kollektives Versagen“ aller IBG-Entscheidungsgremien festgestellt. Nicht nur im IBG-Fördermittelskandal, auch in anderen Bereichen, in denen die Landesregierung Fördermittel ausreicht, wurden in den vergangenen Jahren intransparente, mangelhafte und somit missbrauchsanfällige Organisationsstrukturen aufgedeckt. Zu wenige Kontrollen bei der Erreichung der Förderzwecke ziehen sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre, öffneten Tür und Tor für Missbrauch und erzeugen finanzielle Risiken in mehrstelliger Millionenhöhe für den Landeshaushalt.

Der 14. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum IBG-Fördermittelskandal stellte unter anderem fest, dass Vertreter der Ministerien nicht ausreichend geschult waren für die Wahrnehmung der Kontrollaufgaben, dass die damals verantwortlichen Hausspitzen sich nicht informieren ließen und dass zahlreiche Hinweise auch des Landesrechnungshofes jahrelang nicht ernst genommen wurden.

Das Andauern und das nicht auf den IBG-Fördermittelskandal beschränkte Auftauchen von Unregelmäßigkeiten im Fördergeschäft lassen auf substanzielle Mängel innerhalb der Landesverwaltung schließen. Dass Brüssel die Kontrollmechanismen gegenüber dem Land immer weiter verschärft, war daher abzusehen und ist teilweise selbstverschuldet.

Es ist daher höchste Zeit, für Transparenz zu sorgen und eine gründliche Fehleranalyse zu betreiben, um die Mängel und daraus entstehenden Risiken für das Land abzustellen.

Aufgrund der intensiven parlamentarischen Befassung mit dem IBG-Fördermittelskandal seit der vergangenen Wahlperiode sowie aufgrund der finanziellen Relevanz für den Landeshaushalt ist eine umfassende und sofortige Information der Landesregierung im Ausschuss für Finanzen sowie im Ausschuss für Wirtschaft notwendig. Damit sich das Parlament ein Bild von der jetzigen Situation machen kann, ist der OLAF-Abschlussbericht umgehend und nicht erst nach Stellungnahme der Landesregierung dem Parlament zuzuleiten.

Ferner gilt es, Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen und dem Parlament mitzuteilen, in welcher Form die Kontrollmechanismen verbessert werden, um das Fördergeschäft künftig wirksamer gegen Missbrauch zu schützen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender